



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



Europabüro · European Office · Bureau Européen

Der Europäische Verfassungsvertrag und die Reflexionsphase der Europäischen Union

- Sachstand und Stimmungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der
Europäischen Union -

Barbara Einhäuser / Geraldine Vivien Salborn

Juni 2006

Konrad-Adenauer-Stiftung, Europabüro, Avenue de l'Yser 11, B-1040 Bruxelles

 +32-2-743.07.43

 +32-2-743.07.49

 sekretariat@eukas.be

 <http://www.kas.de>

I. Einleitung

Die Reflexionsphase, ausgerufen von den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vor einem Jahr auf dem Juni Gipfel 2005 sollte eine breite, EU-weite Debatte anstoßen. Gefordert waren und sind dabei sowohl die europäischen Institutionen, wie auch die einzelnen Mitgliedstaaten. Der Stand der Diskussionen sollte am Ende der österreichischen Präsidentschaft auf dem Juni-Gipfel 2006 überprüft werden.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich kein klares Bild in Bezug auf die Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrages entwickeln können. Bezweifelt kein Mitgliedstaat die Notwendigkeit einer Neuregelung der Bestimmungen des Vertrags von Nizza, besonders vor dem Hintergrund künftiger Beitritte, ist der Weg zu diesem Ziel umstritten. Die Positionen, welche die verschiedenen Staats- und Regierungschefs seit dem Ausrufen der Denkpause bezogen haben sind sehr unterschiedlich: Einige plädieren für das Festhalten am bisherigen Vertrag, andere schlagen Zusatzprotokolle oder Ergänzungen des Vertrages vor, einige sprechen sich für das Umsetzen einzelner Teile des bisherigen Vertrages aus und wieder andere wollen den jetzigen Entwurf fallen lassen, um einen neuen Vertrag zu entwerfen.

15 Staaten haben bisher den Verfassungsvertrag ratifiziert. Finnland plant die Ratifizierung noch während seiner Ratspräsidentschaft, die im Juli beginnt. In Frankreich und den Niederlanden, wo der Verfassungsvertrag in Referenden abgelehnt wurde, wird im Frühjahr 2007 gewählt. Diese Wahlen wird man abwarten müssen, um das weitere Vorgehen wirklich zu diskutieren.

Die folgenden Ausführungen widmen sich dem Sachstand und den Stimmen zum Stand der Debatte in den Mitgliedstaaten der EU und bieten so einen Überblick über die unterschiedlichen Positionen, welche die einzelnen Mitgliedstaaten im Laufe der letzten Monate bezogen haben.

II. Sachstand der Debatte in den Mitgliedstaaten

Belgien

Stand: Ratifiziert. Mit der Zustimmung des flämischen Regionalparlaments am 8. Februar 2006 (84 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen von Seiten des „Vlaams Belang“ und einer

Enthaltung) haben alle drei Regionalparlamente sowie das Föderalparlament und der belgische Senat den Verfassungsvertrag gebilligt. Damit war das Königreich der 14. Mitgliedstaat in dem die Europäische Verfassung angenommen wurde.

Position zum weiteren Vorgehen: Belgiens Regierung hält offiziell am Verfassungsvertrag fest und plädiert für eine Fortführung des Ratifikationsprozesses. Premier Verhofstadt erklärte in einem Interview mit der Financial Times Deutschland am 28.03.2006, er halte es für richtig, mit der Ratifizierung fortzufahren. „Nicht weil ich glaube, dass die Chance groß ist, die Verfassung noch zu retten. Die Ratifizierung erzeugt aber Druck, dass wir uns für die Zukunft Europas etwas einfallen lassen.“ Verhofstadt selbst schlägt in seinem im Februar diesen Jahres erschienenen Buch „Die Vereinigten Staaten von Europa“ vor, die Mitglieder der Euro-Zone bei der Integration zu Vorreitern eines europäischen Bundesstaats zu machen. EU-Mitglieder wie Großbritannien, die keine Mitglieder der Währungsunion sind lehnen den Vorschlag ab.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung:

In Belgien waren laut der letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2005, 77% der Bürger für die Verfassung. 18% sprechen sich dagegen aus. Der Wert blieb damit im Vergleich zur vorherigen Umfrage im Frühjahr 2005 nahezu unverändert.

Auf die Frage, welche Maßnahmen sich am hilfreichsten auf die Zukunft Europas auswirken würden, führten im Februar 2006 36% der Befragten in Belgien eine gemeinsame europäische Verfassung als nützlich an.

Dänemark

Stand: Nicht ratifiziert – Obligatorisches Referendum.

Das ursprünglich für September 2005 vorgesehene Referendum war im Zuge der Denkpause auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Premierminister Anders Fogh Rasmussen hatte damals erklärt, es sei unfair die dänischen Bürger über den aktuellen Vertragstext abstimmen zu lassen, da nicht feststehe, ob er definitiv sei.

In Dänemark ist der Ausschuss für europäische Angelegenheiten im Dänischen Parlament mit der Koordination und Strukturierung der Debatte über die Zukunft Europas befasst. Die Präsidentin des Ausschusses Elisabeth Arnold erklärte, alle Parteien zeigten echten politischen Willen eine substantielle Debatte über Europa anzustoßen und die Reflexionsphase damit bestmöglich zu nutzen. Insgesamt werden 2,3 Millionen Euro in

Dänemark für die Debatte bereitgestellt. Um die Debatte zu strukturieren hat der Ausschuss fünf, dem Duff/Voggenhuber-Bericht im EP sehr ähnliche Themen identifiziert: Was ist das wesentliche Thema, für das Europa eine Lösung finden soll? Wie kann die Debatte über die Zukunft Europas und vielleicht einen neuen Vertrag organisiert und Substanz und Legitimität garantiert werden? Wie kann die Partizipation der Bürger in der EU verbessert werden? Wo sind die Grenzen Europas? Die Vorsitzende Arnold erklärte, der Ausschuss werde einen Tätigkeitsbericht erstellen, den Premierminister Rasmussen dem Europäischen Rat im Juni vorlegen werde.

Positionen zum weiteren Vorgehen: In Dänemark, das nach sechs europäischen Referenden, viel Erfahrung in der Organisation öffentlicher Debatten vorweisen kann, wird die Diskussion intensiver als in den meisten anderen Mitgliedstaaten geführt. Dänemark befindet sich nach eigener Aussage demnach mitten in der Denkpause. Eine klare Positionierung der Regierung zum weiteren Vorgehen gab es bisher noch nicht.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung

Laut Eurobarometerumfrage vom Herbst 2005 waren in Dänemark 45% der Bevölkerung für eine europäische Verfassung - 40% dagegen. Im Februar 2006 beurteilten 27% der Befragten eine gemeinsame europäische Verfassung als hilfreich für die Zukunft Europas.

Deutschland

Stand: Parlamentarisch ratifiziert (Unterzeichnung durch Präsident Köhler steht noch aus – Verfassungsbeschwerde anhängig)

Position zum weiteren Vorgehen: Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin, möchte den Verfassungsvertrag als Ganzes erhalten und setzt sich für eine Fortführung des Ratifikationsprozesses ein. In einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel“ erklärte die Bundeskanzlerin: „Einzelne Teile dieser Verfassung in Kraft setzen und andere liegen lassen – ohne zu wissen, wo man hin will – das geht nicht. Dadurch würde die Gesamtbalance empfindlich gestört.“ Merkel erklärte außerdem, es wäre sehr bedauerlich, wenn die Reflexionsphase zu einer Situation führe, in der immer mehr Länder das Gefühl bekämen, dass sie nicht einmal mehr über die Verfassung abstimmen sollten. Stattdessen sieht es die Regierungschefin als Priorität, die Wirtschaft in der EU anzukurbeln. Nach einer Denkpause, werde sich Deutschland unter ihrer Führung dafür einsetzen, dass die Verfassung in Kraft treten könne. Um vor allem den französischen Wählern im Falle eines neuen Referendums

entgegentzukommen hatte Merkel unter anderem eine Erklärung zur sozialen Dimension der EU angeregt, die an den Vertragstext angehängt werden könnte.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Deutschland waren laut der Eurobarometerumfrage 2005 74% der Bürger für die Verfassung. 19% sprachen sich gegen das Vertragswerk aus. 32% der Befragten in Deutschland beurteilten im Februar 2006 die Einführung einer gemeinsamen europäischen Verfassung als hilfreich für die Zukunft Europas.

Estland:

Stand: Ratifiziert. Am 09. Mai 2006 ratifizierte das estnische Parlament mit nur einer Gegenstimme den Europäischen Verfassungsvertrag.

Position zum weiteren Vorgehen: Zu einem angesichts des Zögerns vieler Staaten kritischen Zeitpunkts setzte Estland ein deutliches Zeichen für den Verfassungsvertrag. Bewusst wollte die Regierung damit auch ein Signal an andere Mitgliedstaaten senden, den Prozess fortzusetzen. Das estnische Parlament hatte im Februar 2006 zwei Lesungen zur Verfassung durchgeführt. Die Spitzen der drei Regierungsparteien hatten am 17.04.2006 beschlossen den Verfassungsvertrag noch im Mai zu ratifizieren.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Estland waren laut der Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2005 49% für die Verfassung und 15% sind gegen das zukünftige EU-Vertragswerk. Im Februar 2006 beurteilten aber nur 12% der Esten eine europäische Verfassung als förderlich für die Zukunft der EU.

Finnland

Stand: Nicht ratifiziert.

Position zum weiteren Vorgehen: Finnland plant, den Verfassungsvertrag spätestens im Rahmen seiner im Juli beginnenden Ratspräsidentschaft zu ratifizieren. Das finnische Parlament hatte Anfang April entschieden, mit der Ratifizierung des Verfassungsvertrages fortfahren zu wollen. Der Auswärtige Ausschuss des Parlaments erklärte in seiner Empfehlung auch, eine Volksbefragung dazu sei unnötig.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: Die öffentliche Meinung in Finnland zu Europa ist indessen auf einem Rekordtief angekommen: Laut einer Umfrage vom 25. Januar 2006 haben nur 33% der Finnen eine positive Einstellung zur EU

(im Gegensatz zu 42% vor einem Jahr). 31% gaben eine negative Einstellung zur Union an (vor einem Jahr waren es noch 23%). Des weiteren erklärten 44%, sie hätten eine negative Einstellung gegenüber dem Euro (39% sprachen sich positiv aus).

Ähnlich negativ beurteilten die Finnen auch die Nützlichkeit einer Europäischen Verfassung für die Zukunft der EU. Nur 20% gaben im Februar 2006 an, eine solche Entwicklung würde sich positiv auf die Zukunft der EU auswirken

Frankreich

Stand: Ratifizierung gescheitert - Verfassungsvertrag im Referendum abgelehnt

Position zum weiteren Vorgehen: Präsident Chirac strebt an, einzelne Teile des EVV „im Rahmen der bestehenden EU-Verträge“ in Kraft zu setzen. Er plädiert zudem für die Bildung einer Pioniergruppe von Staaten in der EU. Konkret hat er wie der belgische Premier Verhofstadt die Mitglieder der Eurozone genannt. Deutsch-französische Arbeitsgruppen in der Industrie- und Innovationspolitik sollen auf weitere interessierte Partner ausgedehnt werden, ebenfalls mit dem Ziel eine Pioniergruppe entstehen zu lassen. Der derzeitige institutioneller Status quo, so Chirac, führe zu Stillstand und Paralyse.

Premierminister de Villepin erklärte, Europa brauche dringend Institutionen, die ein Funktionieren der erweiterten Union ermöglichen. Frankreich und Deutschland sollten seiner Ansicht nach ein „Europa der Projekte“ voranbringen. Als Beispiel nannte er eine gemeinsame Grenzpolizei gegen illegale Einwanderung.

Innenminister Sarkozy sprach sich dafür aus, den Verfassungsvertrag zu überarbeiten und zu vereinfachen. Ein vereinfachter Vertrag könne dann ohne Verfassungsreferendum vom französischen Parlament mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Bis sich die Mitgliedstaaten auf einen vereinfachten Text geeinigt hätten, sollte keine weitere Erweiterung der EU vorgenommen werden. Nachbarländern, die nicht der EU beitreten könnten, solle statt dessen eine strategische Partnerschaft angeboten werden. Auch Sarkozy forderte einen neuen „Motor“ in Europa – eine Gruppe von sechs Staaten (GB, F, D, IT, PL, ES) solle die EU fortentwickeln.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: Laut Umfrage vom Herbst 2005 waren 67% dafür die Verfassung zu vollenden und 21% dagegen. Im Frühjahr 2006 bezeichneten 29% der Befragten in Frankreich die Einführung einer gemeinsamen Verfassung als eine die europäische Zukunft unterstützende Maßnahme.

Griechenland

Stand: Ratifiziert. Am 19.04.2006 ratifizierte das griechische Parlament mit großer Mehrheit (17 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen) den Verfassungsvertrag.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Griechenland sind 68% für die Verfassung und 29% sind gegen das Vertragswerk, laut der Umfrage im Herbst 2005. Dennoch beurteilten im Februar 2006 nur 21% der Befragten eine gemeinsame Verfassung als hilfreichen Schritt für die weitere Zukunft der EU.

Irland

Stand: Nicht ratifiziert. Ein bindendes Referendum, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Bei Verfassungsänderungen durch Vertragsrevision der EU ist ein obligatorisches Referendum vorgeschrieben. Die Regierung hat eine Informationskampagne zum Verfassungsvertrag gestartet.

Position zum weiteren Vorgehen: Die Regierungskoalition aus Fianna Fail und Progressive Democrats setzt sich für die Fortsetzung der Ratifizierung und das Festhalten am bisherigen Text ein. Premierminister Bertie Ahern sagte, dass die verspätete Ratifizierung den Mitgliedstaaten mehr Zeit lasse, die Verfassung zu erklären und negative Themen zu behandeln. Der Minister für Europäische Angelegenheiten Noel Tracy erklärte, die Balance des Textes müsse erhalten bleiben. Der Kontext des Verfassungsvertrages brauche noch Zeit. Er unterstütze die Position, sich nun auf konkrete Verbesserungen für die Bürger anstatt institutionelle Arrangements zu konzentrieren.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Irland sind 58% für die EU-Verfassung und 13% lehnen das Vertragswerk ab (Umfrage vom Herbst 2005). Positive Auswirkungen auf die Zukunft Europas erhoffen sich die Iren von der Einführung einer Europäischen Verfassung aber offenbar nicht. Nur 15% gaben 2006 an, eine mögliche gemeinsame Verfassung könnte sich in diesem Punkt als nützlich erweisen.

Italien

Stand: Ratifiziert. Italien war das erste Gründungsmitglied, das den Vertrag ratifizierte.

Position zum weiteren Vorgehen: Der ehemalige Kommissionspräsident und neu gewählte Ministerpräsident Romano Prodi spricht sich für eine gekürzte Version des Vertrages (nur Teil I und II) aus. Der vereinfachte Verfassungsvertrag müsse sich auf die großen Prinzipien

beschränken. Alle technischen Details, welche die Menschen eingeschüchtert hätten, müssten entfernt werden. Der neue Text solle zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 in einem gesamteuropäischen Referendum angenommen werden.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Italien sind 70% für die EU-Verfassung und 16% sind dagegen (Umfrage vom Herbst 2005). 28% beurteilten im Frühjahr 2006 die Verfassung als hilfreich für die weitere Zukunft der EU.

Lettland

Stand: Ratifiziert. Lettland ratifizierte am 2. Juni 2005 die EU-Verfassung.

Position zum weiteren Vorgehen: Der lettische Außenminister Artis Pabriks betonte, der Vertrag stelle den bestmöglichen Kompromiss dar und solle daher nicht für tot erklärt werden.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Lettland sind laut Umfrage vom Herbst 2005 57% der Bevölkerung für die Verfassung. 15% sind gegen das Vertragswerk. Im Frühjahr 2005 waren 56% der Bürger für die Verfassung und 13% dagegen. Offensichtlich versprechen sich die Letten aber hiervon keine Auswirkungen auf die Zukunft Europas. Nur 12% gaben im Februar 2006 an, die gemeinsame Verfassung könnte sich als nützlicher Impuls für die Zukunftsfähigkeit Europas erweisen.

Litauen

Stand: Ratifiziert.

Position zum weiteren Vorgehen: Präsident Valdas Adamkus spricht sich dafür aus, bei keiner Einigung zumindest die Bestandteile über den effektiveren Entscheidungsfindungsprozess zu ratifizieren, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Litauen sind laut Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2005 65% der Bürger für die Verfassung und 14% dagegen. Etwas positiver als die Nachbarländer Lettland und Estland beurteilten die Befragten hier die Frage, ob sich eine gemeinsame europäische Verfassung als hilfreich für die Zukunft Europas erweisen könnte. 17% stimmten einer solchen Aussage im Frühjahr 2006 zu.

Luxemburg:

Stand: Ratifiziert.

Position zum weiteren Vorgehen: Premierminister Jean-Claude Juncker erklärte, die EU müsse eine „Pause“ einlegen. Die im Juni 2005 beschlossene Reflexionsphase müsse fortgesetzt werden und die Vorzüge der EU deutlich gemacht werden. Juncker führt die Krise der EU auch auf Fehler der Staats- und Regierungschefs zurück, mehrheitlich negativ von Europa zu sprechen und die Vorteile der EU zu wenig herauszustellen. Es werde zu wenig wahrgenommen, dass die gemeinsame Währung die einzig glaubwürdige Antwort auf die Globalisierung sei. Auch das Bemühen der Union mit ihren Einsätzen zu Frieden und Stabilität in der Welt beizutragen, werde zu wenig gewürdigt.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Luxemburg waren im Herbst 2005 69% der Bevölkerung für das EU-Vertragswerk. 20% sprachen sich dagegen aus. Etwa ein Drittel (32%) und damit überdurchschnittlich viele der Befragten bezeichneten im Februar 2006 die Einführung der Europäischen Verfassung als gewinnbringend für die europäische Zukunft.

Malta:

Stand: Ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Präsident Fenech Adami erklärte in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 05. April 2006 die Reflexionsphase müsse genutzt werden um den Mangel an Vertrauen unter den Bürgern zu begegnen. Er stellte in seiner Rede zwar verschiedene Szenarien zur Lösung der jetzigen Situation dar (Festhalten am Text, Anfügen eines Protokolls zur Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente, neuer Vertrag/ nur Teil I und II), sprach sich selbst allerdings nicht für eine Position aus.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Malta sind 60% für die Verfassung und 16% sind gegen das neue Vertragswerk (Umfrage vom Herbst 2005). Positive Effekte auf die Zukunft der EU versprechen sich laut Umfrage vom Februar 2006 24% der Befragten.

Niederlande:

Stand: Ratifizierung gescheitert – Verfassungsvertrag wurde in konsultativem Referendum abgelehnt.

Position zum weiteren Vorgehen: Premierminister Balkenende erklärte, die EU befinde sich nicht in einer Krise. Solches Vokabular halte davon ab, sich darauf zu konzentrieren, wie man

die Europäische Integration vorantreiben und aus dem Dilemma um die Verfassung herausfinden könne. Während der Außenminister Ben Bot noch Anfang des Jahres erklärt hatte, der österreichische Vorsitz solle das Nein von Frankreich und den Niederlanden respektieren und der Verfassungsvertrag sei tot, revidierte er auf dem EU-Außenministertreffen am 27. und 28. Mai 2006 in Wien diese Äußerung. Der Vertrag, so erklärte Bot nun, könne lediglich in gleicher Form nicht mehr den niederländischen Wählern vorgelegt werden. Der Vertrag von Nizza, so Bot, reiche als vertragliche Grundlage alleine nicht aus. Von einem neuen Konvent erwarte er sich allerdings keine Neuerung. Eine umfassende Einbindung der Bürger werde auch das nicht mit sich bringen. Man müsse über konkrete Fortschritte für den Bürger sprechen.

Im Rahmen der Reflexionsphase hatte der regierende CDA auf seinem Parteikongress am 14.03.2006 ein Europäisches Manifest „Weiter mit Europa“ angenommen und damit eine Diskussion über die Zukunft Europas gestartet. Das Manifest hält vor allem fest, dass keine Erweiterung der EU-27 (nach Aufnahme Bulgariens und Rumäniens) vor Annahme eines neuen Vertrages stattfinden dürfe und dass bestimmte Reformen der EU-Institutionen notwendig seien.

Am 13. März startete die niederländische Regierung außerdem eine Internet Umfrage, in der Bürger aufgefordert wurden, ihre Meinung zur Europäischen Integration, zur Zukunft der EU und im Besonderen die künftige Erweiterungsstrategie zu äußern. Das Ergebnis der Umfrage, welches im Mai 2006 veröffentlicht wurde zeigt, dass die meisten Niederländer zwar die EU-Mitgliedschaft weiter unterstützen, vielen jedoch die Europäische Integration zu schnell geht. Besonders kritisch wird auch das Thema Erweiterung gesehen. Andererseits forderten viele Teilnehmer der Umfrage auch eine stärkere EU-Kooperation in Bereichen wie Asylpolitik, Kampf gegen Terrorismus sowie Umwelt- und Energiefragen.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: Laut einer Umfrage vom 22. Mai 2006 hat sich die Haltung zum Verfassungsvertrag sogar nochmals verschlechtert: Demnach würden nun sogar 68% der Niederländer gegen das Vertragswerk stimmen. Im Referendum letztes Jahr hatten 62% mit Nein gestimmt. (Maurice de Hond, 27. Mai 2006) Dagegen mag das Ergebnis der Erhebung vom Februar 2006 erstaunen, denn 32 % der Holländer stufen die Verfassung als hilfreich für die weitere Zukunft Europas ein.

Österreich:

Stand: Ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Österreichs Ziel war es, unter seiner Ratpräsidentschaft Europa neuen Schwung zu geben und dem Bürger wieder näher zu bringen. Dazu wollte die österreichische Regierung auch eine Debatte über die Arbeitsteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und über das Subsidiaritätsprinzip führen. Schüssel hatte zu Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft den EuGH scharf kritisiert, der seines Erachtens nach seine Zuständigkeit systematisch auch auf Bereiche des nicht vergemeinschafteten Rechts ausgedehnt habe (als Beispiel nannte er die Entscheidung zu Frauen in der Bundeswehr und der Zulassung ausländischer Studenten zu österreichischen Hochschulen). Man müsse auch eine verstärkte Debatte über die Europäische Identität führen. Schüssel erklärte, er hoffe, darin könne die fantastische Erfolgsgeschichte Europas deutlich werden.

Beim Verfassungsvertrag selbst hatte sich Schüssel dafür ausgesprochen, nicht nur „kosmetische Veränderungen“ vorzunehmen, sondern eine tiefer gehende Analyse des französischen und niederländischen „Neins“ zum Vertrag vorzunehmen.

Präsident Fischer sprach sich für ein Referendum auf europäischer Ebene mit einer doppelten Mehrheit aus.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Österreich waren im Herbst 2005 41% der Bürger für eine Neuverhandlung der EU-Verfassung. Im Gegensatz dazu sind 23% dafür, dass die Verfassung fallengelassen werden sollte. Mit 17% gestaltete sich auch die Zahl derer, die eine Europäische Verfassung als hilfreich für die Zukunft der EU beurteilten als relativ niedrig (Umfrage vom Februar 2006).

Polen

Stand: Nicht ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Für den polnischen Staatpräsidenten Kaczynski ist der gegenwärtige Entwurf nach Ablehnung in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr aktuell. Er kritisierte die Versuche einiger Mitgliedstaaten, den Europäischen Verfassungsvertrag in seiner jetzigen Form wiederzubeleben. Zwar sei möglicherweise ein neuer Verfassungsvertrag nötig, dieser müsse jedoch ganz neu verhandelt werden, damit er den wahren Bedürfnissen der EU entsprechen könne. Der jetzige Verfassungsvertrag, so Kaczynski, schaffe einen Hybriden, der zwar noch keinen europäischen Superstaat etabliere, jedoch nicht weit davon entfernt sei.

Der Vertrag von Nizza sieht im Gegensatz zur Stimmenverteilung wie sie im Verfassungsvertrag festgelegt ist eine für Polen besonders vorteilhafte Stimmengewichtung bei Mehrheitsentscheidungen vor.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Polen waren 60% der Bürger für die Verfassung und 19% sind dagegen (Umfrage vom Herbst 2005). Im Frühjahr 2006 versprachen sich aber nur 15% der Befragten positive Auswirkungen auf die Zukunft der EU durch die Einführung der Europäischen Verfassung.

Portugal

Stand: Nicht ratifiziert. Fakultatives Referendum auf unbestimmte Zeit verschoben

Position zum weiteren Vorgehen: Während sich der neu gewählte Präsident Cavaco Silva bisher noch nicht zum Thema positioniert hat, setzt sich Premierminister Socrates für den Verfassungsvertrag ein. Wie auch immer die Lösung aussehen werde, so der Premier, sie werde stark vom jetzigen Text inspiriert sein. Es sei unmöglich, einen Text, über den man Einverständnis erzielt habe und der Resultat eines Kompromisses sei, völlig zur Seite zu legen.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Portugal sind laut Umfrage vom Herbst 2005 63% für die Verfassung, 13% dagegen, aber nur 15% glaubten im Februar 2006, die Einführung der Verfassung würde sich auch günstig auf die künftige Entwicklung der EU auswirken.

Schweden

Stand: Nicht ratifiziert. Die schwedischen Sozialdemokraten unter Premierminister Persson waren nach den Voten in Frankreich und den Niederlanden unter Druck geraten, die Ratifizierung in Schweden auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Mit der Verschiebung sollte das heikle Thema vor den Wahlen im September 2006 vermieden werden.

Position zum weiteren Vorgehen: Über das weitere Vorgehen ist man sich in Schweden nicht einig. Ein spezieller Ausschuss für eine Debatte über die EU wurde eingerichtet, der eine breite Debatte in Schweden über die Zukunft der EU stimulieren sollte. Im Ausschuss vertreten sind Repräsentanten aller Parteien des schwedischen Reichstags. Die Ergebnisse der

Beiträge und Diskussionen in Schweden sollten vor dem Gipfeltreffen am 15. und 16. Juni zusammengefasst und übergeben werden.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: Laut Umfrage vom Herbst 2005 waren 44% der Bürger für das EU-Vertragswerk und 35% sind dagegen. Verglichen hiermit war allerdings die Zahl derer, die im Februar 2006 die Einführung der Verfassung als hilfreich für die europäische Zukunft bezeichneten mit 30% relativ hoch.

Slowakei

Stand: Parlamentarisch ratifiziert; Klage beim Verfassungsgericht anhängig. Präsident Gasparovic ließ zwar erklären, er fühle sich nicht verpflichtet die Entscheidung des Verfassungsgerichts abzuwarten. Trotzdem hat er bisher das Gesetz noch nicht unterzeichnet.

Position zum weiteren Vorgehen: Während Mikulas Dzurinda den Verfassungsvertrag weiter unterstützt hat erklärte Finanzminister Ivan Miklos im Rahmen einer Wahlkampagne, die institutionellen Änderungen im Verfassungsvertrag erhöhten den Druck für eine EU-weite Steuerharmonisierung. Daher sei die Annahme der Verfassung nicht im Interesse der slowakischen wirtschaftlichen Entwicklung, wie auch der Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Im Juni 2006 finden in der Slowakei vorgezogene Neuwahlen statt.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In der Slowakei sind 64% der Bürger für das Vertragswerk und 16% sind dagegen, laut der Umfrage vom Herbst 2005. Nur 15% verbanden mit der Einführung der gemeinsamen Verfassung auch die Erwartung, diese könnte sich hilfreich auf die Zukunft der EU auswirken.

Slowenien

Stand: Ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Die Regierung hält am Verfassungsvertrag fest. Außenminister Dimitrij Rupel erklärte: „In Slowenien sind wir überzeugt, dass die europäische Verfassung lebt“. Die Stimmung nach der Einigung über die gemeinsamen Haushalt 2007-2013 sei viel positiver. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die Ratifizierungsdebatte und die Implementierung des Verfassungsvertrages während der slowenischen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte 2008 noch verstärkt werden wird.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Slowenien sind 74% der Bevölkerung für das Vertragswerk der EU, 12% sprechen sich dagegen aus

(Umfrage vom Herbst 2005). Ein Fünftel der Befragten glaubte im Februar 2006, die Europäische Verfassung könnte sich auch als hilfreich für die europäische Zukunft erweisen.

Spanien

Stand: Ratifiziert.

Position zum weiteren Vorgehen: Die spanische Regierung will den Vertragstext im Ganzen erhalten. Der spanische Außenminister Miguel Moratinos erklärte, eine inhaltliche Änderung des Vertragstextes sei nicht hinnehmbar. Die Regierung könne der Bevölkerung etwas Anderes nicht erklären. In Spanien stimmten in einem Referendum im Februar 2005 rund 77% für den Verfassungsvertrag.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Spanien sind 62% der Bürger für die Verfassung und 13% lehnen sie ab, laut der Umfrage vom Herbst 2005. Im Frühjahr 2005 waren 63% der Bürger für die Verfassung der EU und 16% dagegen. Knapp ein Drittel der Befragten (28%) vermuteten im Februar 2006 die Verfassung würde sich auch günstig auf die Zukunft Europas auswirken.

Tschechien

Stand: Nicht ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Die Debatte in Tschechien ist in den letzten Monaten angesichts der Wahlen vom 04. Juni 2006 in den Hintergrund gerückt. Das Thema des Verfassungsvertrags war nicht Bestandteil des Wahlkampfes. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die ODS in der Verfassungsfrage gespalten war und ist. Mirek Topolánek, Vorsitzender und Wahlsieger, spricht sich im Gegensatz zum Präsidenten Václav Klaus, der weiter zu den herausragenden Gegnern des Verfassungsvertrages zählt, und auch im Gegensatz zu den stellvertretenden Vorsitzenden Nečas und Zahrádil für die Verfassung aus. Priorität hat nun, nach den Wahlen, zunächst einmal die schwierige Regierungsbildung.

Die bisherige Regierung unter Premierminister Gross setzte sich für den Vertrag ein. Der Außenminister Svoboda hatte vorgeschlagen, dem Dokument eine kurze Erklärung über die Ziele der EU anzufügen. Diese Erklärung könne helfen, den Bürgern zu verdeutlichen, welche Bedeutung die EU für Handel, Sicherheit und Wohlstand spiele. Der jetzige Text sei der

bestmögliche Kompromiss. Eine Neuverhandlung lehnte er darum ab. Alternativ könne auch ein gekürzter Vertrag (nur Teil I und II) eine Lösung des Problems sein.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Tschechien sind 50% für die Verfassung der EU und 31% lehnen sie ab (Umfrage vom Herbst 2005). Dementsprechend gering ist mit 14% auch die Zahl derer, die sich von der Verfassung im Frühjahr 2006 positive Impulse für die Zukunft Europas erhofften.

Ungarn

Stand: Ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Der ungarische Präsident Laszlo Slyom rief im Rahmen eines Staatesbesuches in Estland Mitte März die übrigen Mitgliedstaaten dazu auf, den Verfassungsvertrag so bald als möglich zu ratifizieren. Der Vertrag ermögliche es der EU durch die Schaffung eines gemeinsamen Außenministers außenpolitisch endlich mit einer Stimme zu sprechen und sei auch eine Absage an alle Pläne ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu schaffen. Der Vertrag, der auf breiter Zustimmung beruhe, dürfe zudem nicht in Einzelteile zerlegt werden.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Ungarn waren laut Umfrage vom Herbst 2005 76% für das EU-Vertragswerk und 8% dagegen. Gemessen an der großen Zustimmung gestaltete sich die Zahl derer, die im Februar 2006 glaubten, die Verfassung könnte sich als hilfreich für die Zukunft Europas erweisen mit 21% als relativ gering.

Vereinigtes Königreich

Stand: Nicht ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Aus dem Königreich waren im Laufe der letzten Monate keine Beiträge zur Reflexionsphase gekommen. Premierminister Tony Blair erklärte lediglich, man müsse über kurz oder lang zu einer Diskussion über die Verfassung zurückkommen, da die EU-25 mit den derzeitigen Regelungen nicht ordentlich funktionieren könne. Er betonte, dass das Werk zu sehr auf Brüssel konzentriert sei, jedoch sei die Verfassung nicht tot.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: Im Vereinigten Königreich sind 46% für die EU-Verfassung und 32% sind gegen das Vertragswerk (Umfrage vom Herbst 2005). Im Frühjahr 2005 waren 43% der Bürger für die Verfassung und 36% dagegen. Gemessen am Durchschnitt aller EU-Staaten war auch die Zahl der Befragten im

Königreich, die glaubten, die Verfassung könnte sich als nützliches Instrument für die Zukunft Europas erweisen mit nur 17% im Februar 2006 relativ gering.

Zypern

Stand: Ratifiziert

Position zum weiteren Vorgehen: Der zyperngriechische Präsident der Republik Zypern, Tassos Papadopoulos will am EU-Verfassungsvertrag festhalten. Papadopoulos sagte, die Reflektionsphase sei notwendig und er werde vor Ende 2006 keine erneute Aufnahme dieses Themas auf der Tagesordnung der EU unterstützen.

Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung in der Bevölkerung: In Zypern sind 72% der Bürger für das EU-Vertragswerk und 14% sind dagegen (Herbst 2005). 25% vermuteten, die Verfassung könnte sich positiv auf die weitere Zukunft Europas auswirken.

III. Schluss

Angesichts der Wahlen in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2007 und dem jetzigen Stand der Debatte wird den Staats- und Regierungschefs diese Woche nichts anderes übrig bleiben, als die Entscheidung über das weitere Vorgehen zu vertagen. Damit wird der deutschen Ratspräsidentschaft die Aufgabe zukommen die kurze Zeit nach den Wahlen im Frühjahr 2007 zu nutzen, um das weitere Vorgehen zu erarbeiten.

Die Stimmen aus den einzelnen Mitgliedstaaten zeigen: Es ist notwendig, die Debatte über die EU und ihre Zukunft weiter intensiv zu führen. Es bedarf konkreter, spürbarer Resultate um die EU dem Bürger wieder nahe zu bringen. Diesem Ziel hat sich im Besonderen die Europäische Kommission verschrieben. Dazu gehört auch, nüchtern deutlich zu machen, welchen Mehrwert die EU schafft. Es muss auch weiter debattiert werden, wer europäische Politik kommuniziert. Dies ist hauptsächliche Aufgabe der Nationalstaaten. Einzelne Mitgliedstaaten bemühen sich momentan darum, dies umzusetzen.